

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen in Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Abdruckrechte: Die Abdruckrechte vorbehalten für Anzeigen aus Aus und Ausland. — Abdruckrechte vorbehalten für Anzeigen in der Provinz, Abdruckrechte vorbehalten für Anzeigen in der Provinz, Abdruckrechte vorbehalten für Anzeigen in der Provinz.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 190

Nr. 175

Freitag, den 30. Juli 1926

21. Jahrgang

### Die Finanzregelung in Frankreich.

Sitzung des Finanzausschusses. — Vorschläge der Sozialisten. — Das Urteil der Presse.

Paris, 28. Juli. Der Finanzausschuss der Kammer hat heute nachmittag mit der Durchberatung der Finanzgesetze begonnen. Der Ausschuss muß die Beratung dieser Gesetze bis morgen, Donnerstag vormittag, beenden haben, da die neue Geschäftsordnung vorschreibt, daß im Falle der bewilligten außerordentlichen Dringlichkeit der Bericht für das Plenum 24 Stunden vor der Beratung im Journal Officiel veröffentlicht werden sollte. Die Beratung im Plenum ist, wie bereits gemeldet wurde, auf Freitag nachmittag 5 Uhr festgesetzt. Zu Beginn der Sitzung hat Ministerpräsident Poincaré vor dem Finanzausschuss der Kammer eine eingehende Erläuterung der Bestimmungen seiner gestern eingebrachten Finanzgesetzentwürfe gegeben. Dem Finanzausschuss liegt auch ein sozialistischer Gesetzentwurf zur Prüfung vor, den der Abg. Antonelli vertreten wird.

Die Hauptpunkte des sozialistischen Gesetzentwurfes einer Finanzregelung sind: 1. Zwangskonsolidierung der schwebenden Schuld, 2. Ablösung der auswärtigen Schuld durch Schaffung einer vermittelten der Dawesannuitäten zu speisenden Verwaltungskasse, 3. Schaffung einer Devisenzentrale mit der Aufgabe, lediglich wirtschaftspolitisch notwendige Devisenoperationen zuzulassen und 4. Eintreibung einer einmaligen Zufußabgabe in Höhe der Hälfte der direkten Steuern des Jahres 1925.

Der Temps bespricht die gestrige Abstimmung der Kammer und hebt als besonders ernst die Tatsache hervor, daß etwa 50 Radikale sich an der Vertrauensabstimmung nicht beteiligt haben. Sie weigerten sich also, an der Politik der Einigung mitzuwirken, obwohl ihre Führer im Ministerium sitzen und sechs Angehörige des Kartells der Linken Ministerposten erhalten hätten. Das sei eine ernste Tatsache, weil sie dieselben Gedanken offenbare und dieselbe Taktik vermuten lasse, die man vor den Wahlen im Mai 1924 zur Anwendung gebracht habe. Es finde ja leider stets ein starkes Echo im Lande, wenn Politiker sich rühmen könnten, keine Steuern bewilligt zu haben. Obwohl Poincaré den Radikalen entgegengekommen sei, sowohl bei Zusammenfassung seines Kabinetts, wie bei Ausarbeitung seiner Finanzgesetze, suchten gewisse Radikale die nationale Einigkeit zu lockern und sie hätten bereits jetzt eine Bresche in sie geschlagen.

Das Journal des Débats schreibt bei Besprechung der Finanzgesetze: Unsicher bleibt — und darüber muß die Regierung Aufklärung geben — wie sie die unmittelbar bevorstehenden Verpflichtungen erfüllen will. Die

neuen Steuern werden keinen sofortigen Ertrag bringen und die vorzeitige Begahlung der Steuern wird nur ein Zuschlag sein. Die Regierung hat gewiß ihre Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Die neuen Steuern in Höhe von 7 Milliarden würden ihr in der Folge gewiß die Geschäftsführung erleichtern, wenn sie den 1. August hinter sich haben werde.

New York, 28. Juli. New York World schreibt über das neue Kabinett Poincaré: Poincaré ist sich darüber klar, welche Opfer für die Durchführung seiner Aufgabe notwendig sind; er wird solchen Opfern nicht ausweichen. New York Times erklärt: Poincarés Standpunkt weicht insofern vom Plan der Sachverständigen ab, als er die Ratifizierung des englisch-französischen und des amerikanisch-französischen Schuldenabkommens hinauschieben wird.

#### Poincarés Standpunkt.

Paris, 28. Juli. Nach der Agentur Havas sagte Poincaré zur Finanzregelung in der Sitzung des Finanzausschusses, es sei unerlässlich, die Regierung zunächst in die Lage zu versetzen, durch Dekrete bei der Führung der öffentlichen Dienste und Verwaltungen Ersparnisse zu erzielen, um die Lage des Schatzamtes zu erleichtern, und die vorgeschlagenen Erhöhungen der direkten Steuern zu genehmigen und schließlich eine Anzahl indirekter Steuern zu erhöhen. Die Amortisationsfondierungskasse, deren Satzungen demnächst festgesetzt werden, werde besondere Quellen zugewiesen erhalten, namentlich den Ertrag der 7prozentigen Zuwachssteuer bei Veräußerungen von Gebäuden und Handelsgeschäften und den Mehrertrag der neugeschafften Erbschaftsteuer. Poincaré wies weiterhin auf die Vorteile hin, die sich aus einer Herabsetzung der Höchstbeträge der allgemeinen Einkommensteuer und der Uebertragungssteuer für bewegliche Güter usw. ergeben. Er betonte die Notwendigkeit der wirklich dringenden Verabschiedung des Gesetzentwurfes. Erst wenn die Finanzregelung durchgeführt sei, könne die Regierung dazu an die Währungsstabilisierung zu denken. Die Ratifizierung der Abkommen von Washington und von London werde nicht vor Parlamentsschluß erfolgen können und erst nach Wiederauftritt zur Debatte stehen. Poincaré schloß mit der Aufforderung, die Mitglieder des Ausschusses möchten ihre persönlichen Ansichten vorläufig zurückstellen und sich der Auffassung der Regierung anschließen. Hierauf beschloß der Ausschuss mit 20 gegen 12 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen in die Einzelberatung des Gesetzentwurfes einzutreten.

### Keine Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland!

Chamberlain behauptet, keine Zusicherungen gemacht zu haben.

London, 28. Juli. Im Unterhause fragte Ponsobdy ob von Seiten der Deutschen Regierung auf die neulich an Deutschland ergangene Mitteilung der Interalliierten Kontrollkommission in Sachen der deutschen Abrüstung eine Antwort eingelaufen sei. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Chamberlain, verwies auf die am 21. Juli erteilte Antwort, zu der er nichts hinzuzufügen habe.

Ponsobdy richtete dann an den Staatssekretär des Auswärtigen die Frage, ob die englische Regierung in Uebereinstimmung mit der Zusage, die sie in Locarno oder kurz danach gegeben habe, und mit der Absicht, die noch ausstehenden Differenzpunkte vor dem Zusammentritt der Völkerbundsversammlung im September zu regeln, den anderen Besatzungsmächten die nötigen Schritte in Vorschlag zu bringen beabsichtige, um die Anzahl der alliierten Truppen im besetzten Gebiet auf die Kopfstärke zu vermindern, die Deutschland vor dem Krieg am Rhein unterhalten habe. Chamberlain antwortete, Ponsobdy gehe von falschen Voraussetzungen aus. Man habe der Deutschen Regierung keinerlei Zusage gegeben, daß die Besatzungstruppen im Rheinland auf die Zahl der deutschen Garnisonstruppen vor dem Krieg vermindert würden. Die Regierung halte sich selbstverständlich nach wie vor an die Note der Bolschewistenkonferenz vom 14. November.

#### Deutschland soll gleichberechtigt behandelt werden.

London, 28. Juli. In einer Rede in Oxford erklärte Viscount Grey, Deutschland müsse nach seinem Beitritt zum Locarnovertrag, sobald es Mitglied des Völkerbundes geworden sei, auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung behandelt werden. Er hoffe, daß die im vergangenen März anlässlich der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gemachten Mißgriffe sich nicht als ver-

hängnisvoll erweisen würden. Diejenigen, die an diesen Mißgriffen teil hätten, bedauerten die Vorgänge im März außerordentlich und seien entschlossen, zu erreichen, daß bei Zusammentritt des Völkerbundes im September das seinerzeit verlorengegangene Terrain wiedergewonnen werde. Die allgemeine Abrüstung werde durch die Politik Sowjetrußlands außerordentlich erschwert und es sei deshalb ungemein wünschenswert, daß, wenn Deutschland dem Völkerbund beitrete, auch Rußland sich ihm anschließe.

#### Ein Zwischenfall in Luxemburg beim Spielen der Marschallaise.

Luxemburg, 28. Juli. Vor einigen Tagen gab die Choralgemeinschaft Nancy auf einem öffentlichen Platz in Luxemburg ein Konzert, bei dem nach der luxemburgischen Nationalhymne auch die Marschallaise gespielt wurde. Dabei ereignete sich ein Zwischenfall. Ein holländischer Tourist blieb beim Spielen der Marschallaise sitzen, worauf einige Luxemburger Franzosen über ihn herfielen und ihm Wäpfe versetzten. Auch einem eingeborenen Luxemburger wurde bei dieser Gelegenheit übel mitgespielt. Die „Luxemburger Zeitung“ verurteilt diese Tathandlungen und sagt, Unhöflichkeit solle man niemals mit Faustschlägen strafen, sondern mit Verachtung. Die „Arbeiterzeitung“ schreibt u. a.: Niemand in Luxemburg ist verpflichtet, all die Nationalhymnen zu kennen, die bei jeder Gelegenheit hier vorgetragen werden. Die Angehörigen der Länder, deren Nationalhymne gespielt wird, mögen sich erheben, den Hut in die Hand nehmen oder sitzenbleiben, wie sie wollen. Und sollen die luxemburgischen Durrapatrioten und vor allem die Ausländer in Ruhe lassen. In der kosmopolitischen Bevölkerung Luxemburgs ist kein Platz für chauvinistische Annahmen.

### Der Potemkinfilm freigegeben.

Der russische Film „Panzerkreuzer Potemkin“, der, wie bekannt, einige Zeit gezeigt, dann aber durch die Oberprüfstelle verboten worden ist, hat gestern noch einmal der Filmprüfstelle vorgelegen, und zwar in der geänderten Fassung, die alles herausläßt, was die Oberprüfstelle in ihrer Begründung der Ablehnung beanstandet hatte. Die Prüfstelle hat entschieden, daß der Film freigegeben wird und auch von Jugendlichen besucht werden darf.

### Ernennungen im deutschen Auswärtigen Dienst.

Berlin, 28. Juli. Der Herr Reichspräsident hat, außer der bereits bekanntgegebenen Ernennung des bisherigen Mitgliedes des Reichstags Graf Verchenfeld zum Gesandten in Wien, die folgenden Ernennungen vollzogen:

Es sind ernannt:  
der bisherige Leiter der Kulturstelle des Auswärtigen Amtes Ministerialdirektor Helldron zum Generalkonsul in Zürich, anstelle des in den Ruhestand tretenden Leiters des Generalkonsulats in Zürich Dr. Rheinboldt,  
der Gesandte in Bukarest Freytag zum Leiter der Kulturstelle des Auswärtigen Amtes,  
der Gesandte in Kopenhagen von Mutius zum Gesandten in Bukarest,  
der Generalkonsul in Barcelona von Haffel zum Gesandten in Kopenhagen,  
der Gesandte in Romo Schroetter zum Generalkonsul in Barcelona und  
der Gesandte Morahy zum Gesandten in Romo.

### Die Erwerbslosigkeit in der ersten Junihälfte.

Berlin, 28. Juli. In der ersten Junihälfte ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger weiter von 1 408 527 am 1. Juli 1926 auf 1 333 508 am 15. Juli 1926 zurückgegangen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 332 843 auf 335 265 gestiegen. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist somit von 1 741 372 auf 1 718 801 — also um 1,3 v. H. — gesunken, die Zahl der Familienangehörigen (Zuschlagsempfänger) von 1 728 168 auf 1 708 200.

### Professor Barnes gegen die Kriegsschuldfrage.

München, 28. Juli. In einer von dem Akademischen Arbeitsausschuß für deutschen Aufbau und dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände veranstalteten Kundgebung hielt Professor Barnes heute abend im Auditorium Maximum der Münchner Universität einen Vortrag über die Kriegsschuldfrage. Er wies darauf hin, daß eine moralische Reinigung Deutschlands die Strafpunkte des Versailler Vertrages beseitigen und die Reparationsfrage in ein völlig neues Licht stellen würde. Professor Barnes betonte nochmals, wie vor einigen Tagen bei der Berliner Kundgebung, daß die unmittelbare Verantwortung für den Weltkrieg auf Frankreich und Rußland falle, und daß der berüchtigte Schuldparagraph im Versailler Vertrag ohne jede Grundlage sei. Der Dawesplan sei nur ein kleines Wäschen, die Strafe eines Mannes zu vermindern, den alle als unschuldig erkennen. Professor Barnes trat weiter für die Rückgabe der deutschen Kolonien unter dem Mandatsystem ein. Notwendig werde es auch sein, die in der Natur der Dinge begründete Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich zu gestatten, wenn diese beiden Länder die Vereinigung wünschten. Die Gerechtigkeit erfordere es ferner, daß den deutschen Bewohnern Südtirols ihre kulturelle und persönliche Freiheit gesichert werde. Zur Klärung der Kriegsschuldfrage müßte die Öffnung der Geheimarchive aller Länder erfolgen und eine internationale Konferenz der Sachverständigen aller Länder in einem neutralen Lande zusammentreten. Der Kundgebung folgte ein Empfang beim bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, der auch dem Vortrag beigewohnt hatte, zu dem hervorragende Vertreter des politischen und kulturellen Lebens Bayerns geladen waren.

### Dr. Rätz verzichtet auf seinen Bürgermeisterposten.

Der Reichsminister des Innern Dr. Rätz, der als Bürgermeister von Dresden noch bis Ende August beurlaubt ist, hat um Entlassung von dem Posten des Bürgermeisters nach-gesucht.

### Wiking und Olympia nicht im Reich verboten.

Wie die Blätter melden, sind die Organisationen Olympia und Wiking nicht für das ganze Reich verboten worden, sondern das Reichsministerium des Innern hat lediglich das Verbot der beiden Bünde für Preußen auf preußischen Antrag bestätigt.

### Vor einer internationalen Eisenverständigung.

Wie die B. Z. wissen will, steht der Abschluß der internationalen Eisenverhandlungen unmittelbar bevor. Der Vertrag selbst soll bereits fertiggestellt und den Beteiligten zur Unterzeichnung vorgelegt sein, die für den 12. August in Aussicht genommen sei.

Abnd).  
n 2 Uhr.  
me.  
F!  
FE  
warz 30 d an  
rben 85 d an  
Farb. 2 60 an  
von 30 d an  
85 d  
UE.  
a"  
n  
Freunde  
tzen.  
non  
salven  
rin.  
rau.  
Hauptrollen.  
Uhr.  
wäscherei  
erei  
ng. Hauswäsche.  
igen Bleichmitteln  
be ausgeschlossen.  
umgebung.  
des Erzgebirges  
Fernruf 381.